

Mündlicher Bericht
des Ausschusses für Beamtenrecht
(25. Ausschuß)
über den Antrag der
Abgeordneten Renner und Genossen
- Nr 140 der Drucksachen -

**betr.: Aufhebung der ersten Gehaltskürzungsverordnung
vom 1. 12. 1930 für den Bereich des Bundesgebietes.**

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Wuermeling.

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die 6^{0/0} ige Gehaltskürzung der Beamten und Ruhestandsbeamten auf Grund der ersten Gehaltskürzungsverordnung vom 1. Dezember 1930 ist für die Verwaltungsangehörigen (einschließlich der Versorgungsberechtigten) des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit Wirkung vom 1. Januar 1950 aufzuheben.

Unabhängig davon wird die Bundesregierung ersucht, die durch Ziffer 3 des Antrags des Ausschusses für Beamtenrecht (Drucksache Nr. 216) geforderten Sofortmaßnahmen zugunsten des unter Artikel 131 GG fallenden Personenkreises umgehend durchzuführen.

Bonn, den 16. Dezember 1949

Der Ausschuß für Beamtenrecht

Dr. Falkner
Vorsitzender

Dr. Wuermeling
Berichterstatter